

1123/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat DDr. Niederweiser und Genossinnen haben am 6. Juli 2000 unter der Nr. 1016/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend europaweite Umfrage zum Thema „Akzeptanz der EU - Maßnahmen“ im Rahmen des EU - Aktionsplanes gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Auftrag zur Erstellung einer Studie zum Thema „EU - 14“ Meinungsumfrage zu Sanktionen gegenüber Österreich wurde seitens des Bundeskanzleramtes/Bundes - pressedienstes mittels Werkvertrag datierend vom 12. Mai 2000 erteilt.

Zu Frage 2:

Für die Erstellung der gegenständlichen Studie wurde ein Verhandlungsverfahren laut ÖNORM A 2050 Pkt. 1.4.2.2//1.4.2.4(2) durchgeführt. Die Einladung zur Legung eines Angebotes erging an die IFES - GesmbH, Institut für empirische Sozialforschung, an Fessel GfK, Institut für Marktforschung GesmbH und an die SPECTRA - MarktforschungsgesmbH.

Von den oben angeführten Instituten wurden die rechtzeitig eingebrachten Angebote gewertet und es erfolgte der Auftrag an das Fessel - GfK Institut, da es unter Wertung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte Best - und Billigstbieter war.

Zu Frage 3:

1. Haben Sie davon gehört oder gelesen, dass die anderen EU - Mitgliedsländer wegen der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Sanktionen gegen Österreich ergriffen haben?
 - ja, schon gehört/gelesen
 - nein, nicht gehört/gelesen
 - keine Meinung

2. Halten Sie die Sanktionen der EU - Länder gegen Österreich für ?
 - richtig
 - falsch
 - keine Meinung

3. Die österreichische Regierung ist eine Koalitionsregierung aus der christdemo – katischen ÖVP und der Freiheitlichen Partei. Kanzler ist der Christdemokrat Wolfgang Schüssel. Glauben Sie, dass von dieser Regierung eine ernsthafte Gefahr für Demokratie und Menschenrecht in Österreich ausgeht oder halten sie diese Ängste für übertrieben?
 - ernsthafte Gefahr
 - übertriebene Ängste
 - keine Meinung

Zu Frage 4:

Die Umfrage in sechs Ländern brachte folgende Ergebnisse zu den fünf unter Punkt 3 angeführten Fragen:

- . Das Informationsniveau über die Verhängung der Sanktionen ist länderspezifisch sehr unterschiedlich. Vor allem in den kleinen Ländern hat die große Mehrheit davon gehört oder gelesen, in Italien nur drei Viertel, in Frankreich zwei Drittel und in Großbritannien 60%.
- . Die Verhängung der Sanktionen wird von einer Mehrheit der informierten Befragten in der Schweiz (50%), in Dänemark (47%) und in Frankreich (37%) für Falsch gehalten. In Italien (45%), Großbritannien (32%) und Ungarn (40%) hält die Relative Mehrheit die Sanktionen für richtig. Allerdings sieht sich in Großbritannien, Frankreich und Ungarn ein Gutteil der Befragten nicht in der Lage, diese Frage zu Beantworten.
- . Dass von der ÖVP - FPÖ Regierung eine ernsthafte Gefahr für Demokratie und Menschenrechte ausgeht, wird von einer Mehrheit in allen Ländern (Ausnahme Frankreich) für übertriebene Ängste gehalten.
- . Auf die Frage, wie die EU in einem Fall wie Österreich im eigenen Land reagieren sollte, spricht sich überall nur eine kleine Minderheit für die Verhängung von Sanktionen aus.

- Für die Zukunft vertritt die Mehrheit in allen sechs Ländern die Ansicht, die EU-Länder sollten ihre Sanktionen wieder zurücknehmen, aber Österreich genau beobachten.

Zu Frage 5:

Die Umfrage hat gezeigt, dass eine klare Mehrheit der informierten Bevölkerung in den erfassten sechs Ländern für eine Aufhebung der Sanktionen eintritt. Das ist eine Bestätigung der Linie der Bundesregierung, wonach die Sanktionen keinen Rückhalt in der europäischen Bevölkerung haben.

Zu Frage 6:

Die Ergebnisse der Umfrage wurden auf der Website des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten publiziert.

Zu Frage 7:

Die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Auftrag gegebene Umfrage in sechs Ländern wurde zwischen 25. Februar und 13. März 2000 durchgeführt. Sie stand zum Zeitpunkt der Auftragsvergabe in keinem Zusammenhang mit dem Aktionsplan der Bundesregierung.

Zu Frage 8:

Die Kosten für die Erstellung der gegenständlichen Studie durch das Fessel GfK Institut betragen ATS 996.000,-- inkl. aller Abgaben.

Zu Frage 9:

Seitens des Bundeskanzleramtes/Bundespressdienstes wurden von der OGM - Österreichische Gesellschaft für Marketing GesmbH am 5. Juni 2000 die Nutzungsrechte von einer zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossenen Meinungsumfrage zu einem Sonderpreis von ATS 150.000,-- inkl. aller Abgaben angekauft.

Dies deshalb, da die Fragestellung des OGM - Institutes speziell was die Reiseabsicht nach Österreich wegen der EU - Sanktionen betrifft, als zusätzliches Stimmungsbarmeter zur Einbindung in die bereits an das Fessel GfK Institut in Auftrag gegebene Umfrage eingebunden werden könnte.

Zu Frage 10:

Seitens des Bundeskanzleramtes/Bundespressdienstes ergeben sich daher Gesamtkosten aus den Studien des Fessel GfK Institutes und des OGM - Institutes in Höhe von ATS 1,146.0000,--

Zu Frage 11:

Das Diskussionsforum auf der Website des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten hat gezeigt, dass die mehrheitlich jungen User des Internets unerwartet großes Interesse am Thema „EU - Sanktionen“ haben und dass sie bereit sind, die von staatlicher Seite eingerichtete Möglichkeit eines interaktiven Dialogs zwischen Staatsbürgern intensiv zu nutzen. Die Mehrzahl der zahlreichen Diskussionsteilnehmer zeigt Sympathie für die Haltung der Bundesregierung zu den EU - Sanktionen.

Zu Frage 12 und 13:

Die Ergebnisse der europaweiten nationalen Umfragen zu den EU - Sanktionen sind seriöses Datenmaterial.

Meinungsumfragen können niemals die verfassungsmäßigen direktdemokratischen Instrumente ersetzen, das gilt für Wahlgänge ebenso, wie für Volksbegehren und Volksbefragungen.

Für die Abhaltung von Wahlen, Volksbegehren und Volksbefragungen können daher Kostengesichtspunkte nicht entscheidend sein.

Zu Frage 14:

Diese Frage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundeskanzleramtes.